

Holzversorgung als kommunale Aufgabe (München, 05.-06.04.2001)

Veranstalter: DFG, durchgeführt vom Historischen Seminar der Münchner Ludwig-Maximilians- Universität im Rahmen des gleichnamigen DFG-Projektes

Datum, Ort: 05.04.2001-06.04.2001, Grainau/Oberbayern

Bericht von: Ellrich, Hartmut

Holzversorgung als kommunale Aufgabe. Stadt und Wald im 18. und 19. Jahrhundert

So lautete der Titel einer umweltgeschichtlichen Tagung der DFG, die das Historische Seminar der Muenchner Ludwig-Maximilians- Universität im Rahmen des gleichnamigen DFG-Projektes am 5. und 6. April 2001 in Grainau/Oberbayern durchführte. Unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfram Siemann (Abteilung Neueste Geschichte und Zeitgeschichte) trafen sich Wissenschaftler aus Deutschland und Oesterreich zum gegenseitigen Gedankenaustausch. Schwerpunktartig konzentrierten sich die Vortraege auf den sueddeutsch- alpenlaendischen Raum, wobei verschiedene Staedtetypen in der Umbruchzeit vom 18. zum 19. Jahrhundert vorgestellt wurden, darunter der Typus der staendischen Stadt Klagenfurt, der geistlichen Residenzstaedte Passau, Salzburg und Wuerzburg, der freien Reichsstaedte Nuernberg und Regensburg sowie der Haupt- und Residenzstadt Muenchen. Analysiert wurde ferner der Funktionswandel stadtnaehr Waelder vom fruhenzeithlichen Naehrwald und Energielieferanten zum forstwirtschaftlichen Nutz- und Erholungswald der industriellen Epoche. Zudem konzentrierten sich die Vortraege auf die Frage, welchen Einfluss die Phasen grossen Nutz- und Brennholzbedarfs (beispielsweise bei Grossbauten, nach Grossbraendenden oder langen und kalten Wintern) auf den Holzmarkt und damit auf Holzanbieter und Holzkonsumenten hatten. Ueber die eigentlichen umweltgeschichtlichen Aspekte hinaus ergaben sich neue Erkenntnisse im Bereich der politischen Geschichte, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Stadtgeschichte und der Armenversorgung.

„Walnutzung, Holzversorgung und Parkbau im Passau des 18. Jahrhunderts“ bildete ein Thema, dem sich PD Dr. Bernhard Loeffler (Passau) widmete. Loeffler skizzierte den Typus der geistlichen Residenzstadt, der ein eigenes Patriziat fehlte, die sich durch ihren Waldreichtum nahe der Stadt und die Lage an den Fluessen Donau, Inn und Ilz aus-

zeichnete. Neben dem Neuburger Wald wies insbesondere das Abteiland eine duenne Besiedlung auf. Der Wald blieb, mit Ausnahme von Glashuetten, sich selbst ueberlassen, wurde nicht systematisch genutzt und diente als Jagdwald. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts fand kein eigentlicher Holzhandel statt. Erst das Anwachsen der staedtischen Bevoelkerung von 6000 auf 9000 Einwohner fuehrte zu einer Intensivierung der Passauer Holzwirtschaft. 1762 entstand eine erste Forstordnung. Groesster Holzabnehmer war die Stadt (Buerger und Einwohner) gefolgt von bischoefflichen/geistlichen Instanzen. Eine Konkurrenz fuer die Bewohner und Gewerbe des Umlandes entstand nicht. Aufgrund der geringen Bevoelkerungsdichte konzentrierte sich die Holzversorgung auf die Stadt. Das Passauer Handwerk verfuegte mit Ausnahme des Schopfergewerbes (Schiffbau) und der Brauereien ueber keine groesseren Gewerbe. Bauholz wurde v.a. fuer den Brueckenbau und teilweise auch fuer den Hausbau benoetigt. Stadtbraende fuehrten hier zu einer Verordnung zum Bau von Steinhaeusern.

Neben die stadtnahe Holzversorgung trat ab den 1720er Jahren die bis dahin verbotene Schwemmholtztrift, deren Hauptschlagader die Ilz und der Triftkanal bildeten. 1760 entstand ein Holzmagazin, das Brennholz an- und billig verkaufte. Knapp 90% dieses Holzes kamen aus Bayern, der Rest aus dem Hochstift Passau. Ende des 18. Jahrhunderts trat ein Wandel im Umgang mit dem Wald ein. Aus dem Jagd- und dem Holznutzungswald wurde allmaehlich ein „Erholungswald“. Keine Rolle spielte der Landwirtschaftswald. Sichtbares Zeichen des „Erholungswaldes“ bildete der nach englischem Vorbild errichtete Park „Freundenhain“, der den Passauer Wald in seine kuenstlich ueberformte Natur miteinbezog und der Freude und Bildung diente.

Dr. Christoph Sonnlechner (Wien) referierte zum Thema „Raemlich konzentrierter Verbrauch von Holz. Das Beispiel der Saline Hallein vom 16. bis 18. Jahrhundert.“ Sonnlechner, der im Rahmen eines Projektes zu „Umwelt und Verwaltung in der fruhen Neuzeit“ eine der bedeutendsten Salinen Mitteleuropas in Hallein bearbeitete und untersuchte, gab den Anstoss, den Zusammenhang zwischen Salinenwirtschaft und staedtischer Holzversorgung naeher zu analysieren. Bereits 1524 war im Erzbistum Salzburg eine erste Waldordnung erlassen worden, deren nahezu einziger Zweck darin bestand, die Saline Hallein mit Holz zu versorgen, und die zugleich versuchte, andere Nutzun-

gen zu unterbinden. Statt multifunktionaler Nutzungen sollte eine Nutzungsentflechtung herbeigeführt werden. Sogenannte Waldmeister erhielten die Aufgabe, Waldnutzungen und Rechtsverhältnisse zu beschreiben, schriftliche Nachweise ueber Rechtsverhältnisse beizubringen und einen Bestaendeueberblick aller Waelder anzulegen. Im Falle fehlender rechtlicher Nachweise sollten die Waelder an den Landesherrn fallen, der damit auf 'Reservewaelder' bei Holzverknappung zurueckgreifen konnte. Beachtenswert waren die fruehen Ziele einer protoindustriellen Entwicklung: Nutzen- und Gewinnmaximierung. Noch im 16. Jahrhundert erfolgte die Anlage von Stockurbaren und die Neubestimmung des Einheitswertes. Die Waldordnung von 1592, die mit einigen Aenderungen im 17. Jahrhundert auch 1713 noch gueltig blieb, gibt Aufschluesse ueber die Organisation der Holzversorgung des Salinenwesens. Neben der zentralen Oberstwaldmeisterei in Salzburg versahen Gerichte in Aemterkumulation die regionale Verwaltung der Unterwaldmeistereien, waehrend die Untertanen als Waldhueter und Foerster die unterste Ebene bildeten. Sie erhielten Ehrungen und Trinkgelder, jedoch keinen Lohn fuer ihre Arbeit. Private Holzunternehmer versahen Schlaege und Bringung des Holzes. Der Holzeinschlag erfolgte im Herbst/Winter, die Trift, als nahezu einzige Transportmoeglichkeit im Fruehjahr. Mit Blick auf den Brennholzbedarf der Saline Hallein stand seit dem 16. Jahrhundert die Aufzucht von Nadelwaeldern im Mittelpunkt. Holz, das weder von der Saline, noch vom Landesherrn genutzt werden konnte, stellte man der Bewelkerung gegen ein Entgelt zur Verfuegung. Unrentable Flaechen wurden gerodet und auf den Flaechen Getreide angebaut.

Der Vortrag von PD Dr. Joern Sieglerschmidt (Mannheim) widmete sich dem Thema „Holz als zentrale Ressource der Vormoderne - Der Holzbedarf fruehneuzeitlicher Staedte im Bodensee-raum.“ Sieglerschmidt lieferte einen grundsuetzlichen umwelthistorischen Ueberblick ueber das vorindustrielle Gleichgewicht zwischen Anspruechen und Ressourcenverbrauch, das vom Vorhandensein von Holz und Wasser und der Verfuegbarkeit von Stickstoff, Fetten und Eiweissen abhaengig war. Mit Blick auf die Basisinnovationen des 19. Jahrhunderts wurde etwa der Energiebegriff zunehmend eingeschraenkt und liess die Bedeutung des menschlichen wie tierischen Muskels als energetischer Grundlage nach. Neben Holzver- und gebrauchenden Gewerkeren verwies Sieglerschmidt

v.a. auf das Holz als thermische Grundlage und die Existenz von ueber 50 Berufen, von denen ueber 20 erheblich vom Holz abhingen. Daneben wurde die regionale Differenzierung hervorgehoben, die mit Blick auf die unterschiedlichen Waldnutzungen staedtischer und doerfllicher Siedlungen keine generelle Beurteilung moeglich macht. Im Gegensatz zum waldreichen Sueden sicherten die norddeutschen Staedte ihre Bau- und Brennholzversorgung durch Holzimporte aus Skandinavien und Russland. Rund zwei Drittel der Kosten musste eine Kommune fuer die Holzbeschaffung aufwenden. Ein zweiter Teil beleuchtete die Situation im Bodenseeraum, wobei auf laengere Rechnungsserien zur Organisation von Holzversorgung und -abgabe in Konstanz/Radolfzell eingegangen wurde. Besondere Bedeutung erlangte das Holz in Konstanz als Mittel der Landesverteidigung (Pallisadenbau). Erhaltene Zoll- Listen geben hier Aufschluesse ueber die Verschiffung des Holzes im Konstanzer Einzugsbereich (Montfort'sches Gebiet um Tettnang). Anhaltspunkte ueber die Abgabe von Deputathoelzern (Brenn- und Bauholz) zum verminderten Preis vermitteln sogenannte Holzentnahmeordnungen. Im untersuchten Gebiet existierten keine nennenswerten Grossgewerbe, so dass die Waldflaechen neben der Sicherung des Eigenbedarfs offenbar auch fuer Holzverkaeufe genutzt wurden. Mit Blick auf den Hegau hat der Holzbedarf unter dem gelegen, was man haette entnehmen koennen. Der Getreideanbau war der einzige Konkurrent des Waldes.

Martin Knoll, M.A. (Regensburg) skizzierte mit seinem Referat „Regensburg, der Reichstag, der Kurfuerst und das Holz im spaeten 18. Jahrhundert“ den Typus der freien Reichsstadt und zugleich ein Territorium, das in seiner isolierten Lage und dem kleinen waldlosen Burgfrieden von der Wirtschafts- und Zollpolitik Bayerns abhaengig blieb. Die Ressource Holz bildete ein Importgut, das v.a. aus der Region Kelheim und dem Bayerischen Wald herbeigeschafft wurde. Bayern kontrollierte die „Donauschiene“ und damit die reichsstaedtische Holzversorgung Regensburgs. 20.000 Einwohner, darunter kaum produzierendes Gewerbe, waren der Be- und Verhinderung der Holzversorgung durch Bayern unterworfen. Handwerker, wie etwa Kuefer, wurden an das Holzinspektionsamt Lechhausen (bei Augsburg) verwiesen. Die Mautordnung von 1765 brachte eine geregelte Einfuhr, fuehrte jedoch zugleich zu einer Buerokratisierung und, ab 1767, zu einer systematischen

Mengenerfassung und -reduzierung. Statt des innerhalb der Stadt gelegenen Holzgartens trat mit der Errichtung des auf kurbayerischem Territorium gelegenen Rainhausener Holzhofes eine weitere Verschlechterung der kommunalen Holzversorgung ein. Hierzu gehoerten: 3.000 Schritte Umweg, der Achstransport des Holzes ueber die Donaubruecke und die Reduktion von 40 auf 15 zugelassene Schiffer, die den Holzhof ansteuern durften. Bemerkenswert ist, dass Bayern auch Reichstagsgesandtschaften in der Holzversorgung blockierte, die von den Gesandtschaften errechneten Bedarfsmengen reduzierte, die Preise des Holzes diktierte und damit wohl versuchte, den Reichstag aus Regensburg hinaus zu draengen.

Ueber die „Staetische Verfassung und Holzversorgung in Nuernberg um 1800“ referierte Dr. Nils Freytag (Muenchen). Neben einer „verknoecherten“ Verfassungs- und Gesellschaftsstruktur der freien Reichsstadt fiel schon zahlreichen Zeitgenossen der schlechte Zustand der Nuernberger Reichswaelder auf. Der stadtnahe Versorgungswald wie die zentrale Ressource Holz gerieten zum Brennpunkt eines Machtkonfliktes in den reichsstaetischen Gemeinwesen. Die Auseinandersetzungen zwischen alteingesessenen staetadligen Familien und aufstrebendem Wirtschaftsbuergertum fanden statt auf den Ebenen von Waldgutachten, Forstverwaltung und in Oeffentlichkeit. Die reformorientierten Kraefte etwa vernahmen Forstpersonal und Bauern ueber den Waldzustand und verschafften sich einen eigenen Ueberblick. Langfristiges Ziel bildete die Steigerung der Ertragskraft des Waldes, wozu Holz gespart und Verschwendungen vorgebeugt werden musste. Die Magistratsmitglieder wiesen dagegen auf das schaedliche Handeln von Holzberechtigten und die; Nebennutzungen hin; sie lehnten jede Verantwortung fuer den schlechten Waldzustand ab. Daneben rangen alle Beteiligten hartnaeckig um die Kontrolle der staetischen Forstverwaltung. Den oeffentlichen Streit um das Holz und den Wald dokumentieren Flugschriften und Pasquillen. Die nahegelegenen Versorgungswaelder und das dichte staetische Kommunikationsnetz bildeten eine entscheidende Grundlage dieser herausragenden Breitenwirkung des Streites um das Holz. Der Blick auf den Wald, der mitten ins Geschehen fuehrt, bietet neue Erkenntnisse ueber die Reichweite reformerischen Handelns einer Reichsstadt am Ende des Heiligen Roemischen Reiches. Neben dem heiss umstrittenen

Gegenstand der politischen Partizipation geriet der Umbruch in der staetischen Holzversorgung zum Brennpunkt oeffentlicher Auseinandersetzungen und zum Fokus von Verfassungskonflikten im Interessengeflecht von staetischen Institutionen und staatlichen Akteuren. Aus umweltgeschichtlicher Perspektive faellt die Waldentwicklungsbilanz des Nuernberger Verfassungstreites keinesfalls nur negativ aus, lassen sich hier doch erste Ansaetze einer obrigkeitlich gelenkten und gewollten Auf- und Umforstung nach modernen forstwissenschaftlichen Prinzipien ausmachen. Daraus resultierende soziale und gewerbliche Folgekosten sollte ein staetisches Holzmagazin auffangen.

Ueber „Holznutzung in der Hofer Region im 18. und 19. Jahrhundert“ sprach Dr. Arnd Kluge (Hof). Die Region, die vom 14. bis 18. Jahrhundert zum Gebiet der Burggrafen von Nuernberg gehoerte, wurde 1810 bayerisch. Aufgrund schlechter ackerbaulicher Voraussetzungen herrschte der Waldbau vor. Das Tagebuch des Hofer Apothekers Wallburger aus der zweiten Haelfte des 17. Jahrhunderts liefert erste Hinweise auf den oertlichen Holzhandel, wie den Verkauf von Holzkohle (aus rund 60 km Entfernung), Floessholz (aus Rehau und Schoenwald) und Holz aus Bauernwaeldern. Gehandelt wurde Bau- und Brennholz. Der Hausbau der Region bestand bis Ende des 18. Jahrhunderts grossenteils aus Blockbauten. Erst 1810 wurde staatlicherseits die Steinbauweise geregelt. Groesster Holzkonsument war der Bergbau. Waehrend Steinkohlen exportiert wurden, erschloss man die reichen Torflagerstaetten und die Braunkohle erst nach 1800. Gerechthoelzer bildeten die Abgaben des Lehns-/Landesherrn an die Bevoelkerung, wobei die Abgabe gegen einen Zins oder als Gnadenholz erfolgte. Die sogenannten „Truepfhaeusler“, deren Grundstueck mit dem Dachgiebel endete, verkauften haeufig ihr Holzrecht und versorgten sich statt dessen mit Astholz und Reisig. Die Holzfernversorgung der Hofer Region erfolgte durch die Trift und ein System oertlicher Versorgungsgebiete (Frankenwald bis 20. Jahrhundert; Fichtelgebirge bis 18. Jahrhundert) Holzersatzstoffe wurden bis Mitte des 19. Jahrhunderts nicht verwendet. Erst der Eisenbahnbau ab 1851 und damit verbundene Steinkohlenimporte und die 1865 erfolgte Erschliessung der tschechischen Braunkohle ermoeeglichten, so Kluge, die industrielle Entwicklung des Raumes.

Prof. Dr. Winfried Schenk (Tuebingen) analysierte die „Versorgung der Stadt Wuerzburg im

18. und 19. Jahrhundert mit Brennholz“. Schenk stellte fest, dass die geistliche Residenzstadt nicht aus den stadtnahen, vom Fuerstbischof kontrollierten Waeldern, sondern aus sogenannten „fremdherrischen“ Waeldern (z.B. aus hessischen, hannaüischen, thueringischen und fuldischen Waeldern) ihr Holz bezog. Dieser Umstand bildete ein Charakteristikum der Stadt Wuerzburg, die ueber kein eigenes Holz verfuegte. 1733 war das Wuerzburger Oberforstamt reorganisiert, eine Regulierung der Entnahme vorgenommen worden. Die Brennholzabgabe erfolgte nun nur noch klawerweise, statt vordem als Morgenholz. Man wollte damit eine bewusste Brennholzentnahme erreichen, den die hochstiftischen stadtnahen Waelder waren Anfang des 18. Jahrhunderts v.a. infolge des Festungsbaues ausgepluendert. Ende des 18. Jahrhunderts kamen 85 bis 90 Prozent des Holzes von ausserhalb. In der Holzversorgung Wuerzburgs sind zwei Phasen zu unterscheiden: 1) merkantilistische Phase der Holzversorgung bis 1830 2) Ende der 'Feudalzeit' im Wald (ab 1830 Privatisierung des Holzhandels) In der ersten Phase erfolgte der Holzerwerb durch die Stadt Wuerzburg, waehrend Holzeinschlag und Transport in privater Hand lagen. Bemerkenswert war der Umstand, dass das Holz ab Gemuenden mainaufwaerts getreidelt wurde. In Wuerzburg nahmen es Unterhaendler, die sogenannten „Kaerner“, in Empfang, um es zum Holzgarten zu karren. In der zweiten Phase erfolgte der Verkauf des Holzes dann erst in Wuerzburg selbst, waehrend alte Kartelle (aus bayerischem Staat und regionalen bzw. lokalen Holzhaendlern) weiterbestanden. Bis 1830 hatten die bestehenden Holzmagazine eine Pufferfunktion, stellten jedoch keine Problemlösung der Wuerzburger Holzversorgung dar. Erst durch Kohle und Eisenbahn, so Schenk weiter, hat sich die Versorgungssicherheit Wuerzburgs verbessert.

Dr. Elisabeth Johann (St. Margareten) untersuchte „Die Holzversorgung Klagenfurts im Uebergang vom 18. zum 19. Jahrhundert.“ Die Stadt selbst verfuegte seit 1518 ueber eine einmalige Stellung, wurde sie doch von Herzog Albrecht II. den Landstaenden geschenkt; sie stellt daher den seltenen Typus einer staendischen Stadt dar. Die Landstaende verpflichteten sich dafuer, den Festungsausbau zu forcieren, errichtete einen Laendkanal und erliessen Verordnungen, die den Steinbau innerhalb der Stadt beschleunigen sollten. Zu den Besonderheiten Klagenfurts noch im 18. Jahrhundert gehoerten der landschaftseigene Wald zur

Versorgung der Aemter. Demgegenueber mussten sich Adel und grundbesitzende Buerger selbst versorgen, waehrend das Militaer eine eigene Versorgung unterhielt. Die Holzversorgung der Stadt erfolgte ueber den Woerthersee und den Laendkanal. Die Seeschiffahrt bildete ein, teils verpachtetes, Monopol der Landstaende. Ab 1735 konnten waldbesitzende Bauern, die vordem ihr Holz an die Landstaende verkauft hatten, auf diesem Weg eigenes Holz zum Verkauf in die Stadt bringen. Mit der Aufhebung der Zunftgebundenheit des Holzhandels Ende des 18. Jahrhunderts nahm die Konkurrenz zwischen den Schiffen der Landschaft und denen der Bauern zu. Handelshaeuser sollten im Auftrag der Landstaende Holz nach Klagenfurt transportieren. 1792 bis 1796 errichteten die Landstaende innerhalb der Stadt ein Holzmagazin, das die Holzbeschaffung durch die Buerger ermoeeglichte. Gleichzeitig wurde der Holzhandel in einem genau definierten Umkreis um die Stadt verboten. Der Magazinplatz bildete nun den zentralen Verkaufsort des Klagenfurter Holzes, fuehrte zu einer Steigerung des Angebots und festen Preisen. Verluste, die beim Hacken (statt Saegen) des Holzes entstanden, der Ankauf nassen und der Abgabe trockenen Holzes, die Ueberschaetzung des Marktes und die Faszination der Staende fuer 'Grossprojekte' bei fehlenden finanziellen Moeglichkeiten, bewirkten letztlich das eklatante wirtschaftliche Scheitern des Klagenfurter Holzgartens.

Dr. Wolfgang Piereth (Muenchen) analysierte die „Staatliche Forstpolitik und staedtische Holzversorgung im vormaerzlichen Bayern“ und betonte dabei die besonders angespannte Situation im bayerischen Nordwesten. Ueberall in Bayern stieg der Holzpreis in den 1830er Jahren signifikant, was zu einer angespannten Situation besonders der „unbemittelten Klasse“ fuehrte. Vor dem Hintergrund der franzoesischen Julirevolution von 1830 versetzten den Hof die Meldungen ueber Holzteuerung in „hektische Betriebsamkeit“, zumal sich groessere Teile der Waelder in staatlichem Besitz befanden und das Problem der Holzversorgung als „originaer staatliche Aufgabe“ wahrgenommen wurde. Eine Kommission aus Ministerialbeamten und Fachleuten und einem speziell zur Bekaeempfung der Holzteuerung eingesetzten Beauftragten sollten Abhilfe schaffen. Die Frage nach dem Grund des starken Holzpreisanstiegs in den 1830er Jahren fasste Piereth in vier Punkten zusammen:

1) enormer Bevoelkerungsanstieg (besonders in

den Staedten) durch

Geburtenueberschuss und Zuwanderung;

2) gewerblich-industrieller Aufschwung parallel zum Bevoelkerungsanstieg;

3) Bayerns Beitritt zum Zollverein;

4) neue Formen des Holzhandels durch „freie Holzverkaeufe“ von Waldbesitzern, wie Staat, Gemeinden, Stiftungen und Privatleuten.

Insbesondere der Beitritt zum Zollverein fuehrte zum Holztransport ausser Landes und letztlich zum Preisanstieg in Bayern. So etwa wurden Holzmaerkte in Unterfranken zeitweilig kaum oder gar nicht befahren. Die staedtischen Klagen ueber die schlechtere Holzversorgung waren jedoch Teil einer viel umfassenderen Kritik der Staendevertreter an den Folgen der von Seiten des Staates eingeleiteten Deregulierung und Liberalisierung. Verzichtsparen, eine rationellere Art der Verwendung des Holzes (z.B. bei Sparoefen) und die Verwendung von Holzsurrogaten (Kohle/Torf) bildeten die Strategien der Krisenbewaeltigung. Hierzu wurden Preisausschreiben ausgelobt und neue Erkenntnisse in den landwirtschaftlichen und polytechnischen Vereinen verbreitet. Strittig war hingegen die Forderung der Staedte nach fixen Preisen, um den Holzversteigerungen und Preistreibereien entgegenzuwirken. Hier gab es Konflikte zwischen dem um 'Ruhe und Ordnung' besorgten Innenministerium und dem fuer die Forstverwaltung zustaeendigen Finanzministerium, aber auch generell zwischen Staat und Staenden, schliesslich ging es darum, wer in Zukunft die 'richtige' Forstpolitik zu bestimmen hatte.

Am Ende regte Piereth an, das bislang vernachlaessigte Verhaeltnis von Stadt und Staat im Deutschland des 19. Jahrhunderts ueber einen laengeren Zeitraum und in seiner Wechselwirkung am Beispiel der staedtischen Holzversorgung im Vormaeerz naeher zu beleuchten. Fassbar werden so umweltgeschichtliche Aspekte (Forstpolitik), politikgeschichtliche Themen (Durchsetzbarkeit staatlicher Normen vor Ort), mentalitaetsgeschichtliche Gesichtspunkte (Holzsubstitution), wirtschaftsgeschichtliche Probleme (Marktordnung; Deregulierung) und sozialgeschichtliche Perspektiven (Wohlfahrtskompetenz).

Ein Tagungsband zum Thema ist in Vorbereitung. Voraussichtlich erscheint er 2002 als Beiheft der Zeitschrift fuer Bayerische Landesgeschichte.

06.04.2001, Grainau/Oberbayern. In: H-Soz-u-Kult 27.04.2001.

Tagungsbericht *Holzversorgung als kommunale Aufgabe (München, 05.-06.04.2001)*. 05.04.2001-